

# Gemeindewahlen und Abstimmungen 2008

24. Februar

1. Juni

Gemeindewahlen

## Auch im 2008 aktiv an Ort und Stelle

---

1



Dieses Jahr finden in verschiedensten Gemeinden im Kanton Bern Gemeindewahlen statt. Die EDU ist gerüstet und seit Herbst 2007 am Vorbereiten. Finden auch in Ihrer Gemeinde oder Stadt Wahlen statt? Melden Sie sich doch, wir beraten Sie gerne.

Seit 1975 wächst die EDU stetig. Wo sinnvoll, wird die EDU im 2008 in einigen Gemeinden erstmals antreten. Einige junge EDU Ortsparteien stehen vor ihrem ersten Wahlantritt.

Nach den Gemeindewahlen vom Herbst 2007 sind wir zuversichtlich, dass wir auch im 2008 weiter zulegen können.

Sie können Ihre Ortspartei als Wähler, Kandidat, Vorstandsmitglied, Beter und/oder Spender unterstützen.

## Abstimmung vom 1. Juni 2008

---

Die Delegiertenversammlung der EDU Schweiz hat am 19. April folgende Parolen gefasst:

Volksinitiative "für demokratische **Einbürgerungen**": **Ja**

Volksinitiative "**Volkssouveränität statt Behördenpropaganda**": **Ja**

Verfassungsartikel "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der **Krankenversicherung**" (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative "Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung"):  
**Ja**

## 24. Februar: EDU für Steuersenkung



**Die EDU Kanton Bern sagt an ihrer Delegiertenversammlung (DV) Ja zur Schuldenbremse und zur Steuergesetzrevision, Vorschlag Grosser Rat. Sie sagt klar Nein zum Volksvorschlag. Über die Vorlagen wird am 24. Februar abgestimmt.**

### **Ja zur Schuldenbremse**

Grossrat Martin Friedli stellte die Geschäfte mit viel Kenntnis und Hintergrundwissen vor. Aktuell hat der Kanton Bern 7, 2 Mia. Schulden, was tägliche Schuldzinsen in Höhe von ½ Mio. Franken ausmacht. Um die Entwicklung der letzten Jahre zu unterstützen und eine weitere Schuldenreduktion zu erreichen, ist eine Schuldenbremse, welche die vollumfängliche Selbstfinanzierung der Investitionen beinhaltet, nötig. Damit die nächste Generation nicht allzu viele Schulden zu tragen hat, ist ein Zeichen zu setzen und das minimale Ziel der Regierung und des Parlamentes, einen jährlichen Schuldenabbau von 100 Mio. Franken vorzunehmen, umzusetzen. Die DV empfiehlt einstimmig die Ja Parole.

### **Ja zu tieferen Steuern**

EDU Grossrat Friedli erläutert, dass bei Annahme der Vorlage des Grossen Rates zur Steuergesetzrevision des Kantons Bern im schweizerischen Vergleich in Bezug der Gesamtsteuerbelastung eine Verbesserung für alle Bürger stattfindet. Martin Friedli schätzt, dass wir uns im interkantonalen Vergleich in der Gegend von Rang 15 platzieren könnten. Heute ist es Rang 20. Wir sind also steuerlich nicht gerade ein Wohlfühlkanton. Die Revision tritt rückwirkend per 1.1.2008 in Kraft, jedoch im 2008 ist nur ein Steuerrabatt bei der Kantonssteuer vorgesehen, die vollumfängliche Wirkung erfolgt erst ab 2009. Die Gesetzesrevision hat unter anderem die Entlastung des Mittelstandes und der KMU zur Folge. Da dieses Segment ein Grossteil der Steuerpflichtigen darstellt, ist es nur fair, sie auch etwas zu entlasten. Bei der Vermögenssteuer ist auch eine Senkung nötig, damit wir keine weiteren guten Steuerzahler verlieren, im Gegenteil vielleicht wären sogar Neue zu gewinnen. Im 2008 ist ein Steuerrabatt vorgesehen. Im Bereich der mittleren Einkommen macht es durchschnittlich 3 % aus. Ausserdem werden die kinderrelevanten Abzüge erhöht. Mit einer Gegenstimme wird die Ja Parole beschlossen.

### **Nein zum Volksvorschlag**

Mit Annahme der Vorlage würden über 155 000 Personen oder 78 % der Vermögenssteuerzahlenden schlechter gestellt als bei der Grossratsvorlage. Ca. 54% der jährlichen Einkommenssteuereinnahmen wird durch 21% der Steuerzahlenden gedeckt. Wie der Kanton mit diesem Fünftel umgeht, ist also nicht unerheblich. Der Volksvorschlag ist eine Täuschung und ist für die Zukunft der falsche Weg. Der Mittelstand würde dies nachhaltig zu spüren bekommen. Eine echte weitere Entlastung der Familien ist zum Beispiel durch die Steuerbefreiung der Kinderzulagen zu erreichen und nicht durch die kurzfristige Sichtweise des vorliegenden Volksvorschlags. Die EDU wird sich politisch in naher Zukunft dafür einsetzen. Der Volksvorschlag wird bei drei Enthaltungen klar abgelehnt.